



Dörte Lerp

IMPERIALE GRENZRÄUME

*Bevölkerungspolitiken in Deutsch-Südwestafrika
und den östlichen Provinzen Preußens 1884-1914*

Imperiale Grenzräume

Dörte Lerp ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für die Geschichte Europas und des europäischen Kolonialismus an der Universität zu Köln.

© Campus Verlag GmbH

Dörte Lerp

Imperiale Grenzräume

Bevölkerungspolitiken in Deutsch-Südwestafrika
und den östlichen Provinzen Preußens 1884–1914

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

In Erinnerung an Karl Linfert und Ralph Fleischer

ISBN 978-3-593-50310-3 Print

ISBN 978-3-593-43042-3 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2016 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Grenzstation an der deutsch-russischen Grenze (Provinz Posen an der Prosna), um 1910 © ullstein bild – Conrad Huenich

Gesetzt aus: Garamond

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH

Printed in Germany

www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

- 1. Einleitung 7
- 2. Expansion..... 20
 - 2.1 Preußen imperial 20
 - 2.2 Zwischen Nation und Empire 34
- 3. Grenzziehungen 49
 - 3.1 Massenausweisungen 49
 - 3.2 Migrationskontrolle 67
 - 3.3 Sondergesetze 92
 - 3.4 Imperiale Arbeitsmärkte 116
- 4. Siedlungskolonialismus 143
 - 4.1 Äußere und innere Kolonisation 143
 - 4.2 Ansiedlungspolitiken 156
 - 4.3 Kulturträgerinnen und Kulturträger 183
 - 4.4 Landnahme 210
- 5. Die geteilte Stadt 227
 - 5.1 Stadt und Hygiene..... 227
 - 5.2 Hebungspolitiken in Posen 248
 - 5.3 Segregation in Windhoek..... 267
- 6. Entgrenzung..... 292
 - 6.1 Expansion in Osteuropa..... 292
 - 6.2 Arbeit und Migration im Krieg..... 313
- 7. Fazit..... 332

| | |
|-----------------------------|-----|
| Quellen und Literatur | 343 |
| Quellen | 343 |
| Literatur | 354 |
| Anhang | 383 |
| Abkürzungen | 383 |
| Dank | 384 |

1. Einleitung

»Rather than positing an antagonism between Germany's continental and overseas expansionism, we should see them as two complementary, interrelated, and often ambivalent developments in the history of German expansionism«.¹

Wer um 1900 vom »deutschen Reich«² sprach, konnte damit auf sehr unterschiedliche Dinge verweisen: auf den 1871 gegründeten Nationalstaat, der sich in mit dieser Namensgebung in die Tradition des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation zu stellen suchte, auf eine Ansammlung von Kolonien in Afrika und im Pazifik, die unter deutscher Herrschaft standen oder gar auf jene »Phantasmagorie eines diffusen kontinentalen Großreichs« in Mittel- und Osteuropa, die im Verlauf der nächsten Jahrzehnte die deutsche Politik entscheidend prägen sollte.³ Angesichts dieser vielschichtigen Semantik ist es geradezu erstaunlich, dass sich die Geschichtsschreibung lange Zeit darauf konzentriert hat, die deutsche Geschichte des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts als Geschichte eines Nationalstaats und eben nicht als die eines Reiches oder Empires zu schreiben.⁴ Warum wurden Nationalisierung und Staatsbildung, überseeische Kolonisation und der »deutsche Drang nach Osten«⁵ nicht in einen gemeinsamen imperialen Zusammenhang gestellt, wenn doch der Sprachgebrauch der Zeit eine solche Verbindung nahelegt?

Eine Erklärung mag sein, dass das deutsche Kaiserreich auf den ersten Blick wenig Ähnlichkeit mit überseeischen Großreichen wie Großbritan-

1 Grosse, *German Colonialism*, S. 120.

2 Wenn hier und im Folgenden vom »deutschen Reich« (mit kleinem Anfangsbuchstaben) die Rede ist, dann um deutlich zu machen, dass der Reichsbegriff mehr umfasst als den Nationalstaat mit dem Namen »Deutsches Reich«.

3 Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, S. 581.

4 Vgl. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte III*; Nipperdey, *Deutsche Geschichte*; Kocka, *Das lange 19. Jahrhundert*; Winkler, *Der lange Weg nach Westen*.

5 Wippermann, *Der »deutsche Drang nach Osten«*.

nien, Frankreich und den Niederlanden oder kontinentalen Imperien wie der Habsburger Monarchie, dem Osmanischen Reich und dem zaristischen Russland aufwies.⁶ Zwar verfügte es ab den 1880er Jahren über Kolonien in Afrika und dem Pazifik, doch existierte dieses Kolonialreich nur gut dreißig Jahre, weshalb die deutsche Kolonialgeschichte für viele Historikerinnen und Historiker bis heute eine eher unbedeutende historische Episode darstellt.⁷ Die Geschichte der kontinentalen Expansion Preußens und Deutschlands – von den polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert, über die Annexionen Schleswig-Holsteins und Elsass-Lothringens im Zuge der Einigungskriege 1866 und 1870/71 bis hin zur Eroberung weiter Teile Osteuropas im Ersten Weltkrieg – umfasst zwar einen deutlich längeren Zeitraum, doch macht auch sie im Vergleich zu den imperialen Traditionslinien der Nachbarländer Österreich-Ungarn und Russland einen eher fragmentarischen Eindruck. Die territoriale Expansion innerhalb Europas steht zwar in einem gewissen Spannungsverhältnis zu nationalgeschichtlichen Narrativen, doch ist sie so eng mit der der Geschichte preußisch-deutscher Staatsbildung verwoben, dass sie sich scheinbar relativ problemlos in diese integrieren lässt. So erscheinen die östlichen Provinzen Preußens, Elsass-Lothringen und Schleswig-Holstein in den einschlägigen Werken zur deutschen Geschichte nicht als imperiale Expansionsräume, sondern allenfalls als »Krisenherde des Kaiserreichs«.⁸ Angesichts dieser Einschätzung ist nur folgerichtig, dass die Historiographie auch die seit den 1890er Jahren lauter werdenden Forderungen nach »Lebensraum im Osten« oder einem von Deutschland dominierten »Mitteleuropa« in erster Linie als Auswüchse eines übersteigerten Nationalismus interpretiert.⁹

Diese Fokussierung auf die deutsche Nationalgeschichte wird inzwischen seit einigen Jahrzehnten von einer Reihe unterschiedlicher Forschungsrichtungen in Frage gestellt. Zu nennen sind hier vor allem die primär auf innereuropäische Verbindungen konzentrierte Vergleichs-, Verflechtungs- beziehungsweise Transfergeschichte oder auch Histoire

6 Vgl. Grosse, *German Colonialism*, S. 120. Auf die Unterschiede zwischen dem deutschen Reichsbegriff und dem britischen »Empire« verweisen die Beiträge in Bosbach/Hiery, *Imperium – Empire – Reich*.

7 Vgl. Bade, *Imperialismus und Kolonialmission*, S. XI; Wehler, *Transnationale Geschichte*.

8 Vgl. Wehler, *Krisenherde des Kaiserreichs*. Christoph Kleßmanns und Johannes Frackowiaks Überblick über die wichtigsten Arbeiten zur preußisch-deutschen Polenpolitik bestätigt dies. Vgl. Kleßmann/Frackowiak, *Die Polenpolitik*, S. 28–33.

9 Vgl. Walkenhorst, *Nation – Volk – Rasse*; Hering, *Konstruierte Nation*; Breuer, *Die Völkischen*.

croisée,¹⁰ die von den Postcolonial Studies inspirierte Kolonialgeschichte¹¹ und die neue Globalgeschichte.¹² Sie alle vereint eine fundamentale Kritik am Zentrismus der Nationalgeschichte, die »[d]ie Ränder, Grenzen und Grensräume, die Peripherie des Gegenstandes – die Nation – mit ihren nationalen beziehungsweise ethnischen Minderheiten, mit ihren oft komplexen lokalen Machtverhältnissen und hybriden Kulturen [...] unberührt und unbeschrieben [lässt]«. ¹³ Eben jene Grensräume und Peripherien, Minderheiten und hybriden Kulturen sind daher in den letzten Jahren vermehrt Gegenstand historischer Untersuchungen geworden. Dabei sind auch die deutschen Kolonien und Grenzregionen Deutschlands zu Polen und Frankreich stärker in den Blick geraten.¹⁴ Analysen, die die kontinentale und überseeische Expansion des Deutschen Kaiserreichs systematisch miteinander in Beziehung setzen, stellen jedoch immer noch eine Ausnahme dar. Obwohl schon vor einigen Jahren programmatische Aufsätze erschienen sind, die eine solche »Neuorientierung« einfordern,¹⁵ sind bisher erst wenige Untersuchungen publiziert worden, die diesen Ansatz verfolgen.¹⁶

Der Mangel an Publikationen zur kontinentalen und kolonialen Expansion des Kaiserreichs ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Fokus der Kolonialgeschichtsschreibung bislang primär auf außereuropäischen Regionen lag.¹⁷ Erst in letzter Zeit sind auch koloniale und quasi-koloniale Herrschaftsverhältnisse innerhalb Europas in den Blickpunkt der

10 Vgl. exemplarisch: Werner/Zimmermann, Vergleich, Transfer, Verflechtung; Conrad, Doppelte Marginalisierung; Conrad/Osterhammel, *Das Kaiserreich transnational*; Budde/Conrad/Janz, *Transnationale Geschichte*.

11 Vgl. exemplarisch: Friedrichsmayer, *Imperialist Imagination*; Conrad/Randeria, *Jenseits des Eurozentrismus*; Kundrus, *Moderne Imperialisten*; Ames/Klotz/Wildenthal, *Germany's Colonial Past*.

12 Vgl. exemplarisch: Conrad/Eckert/Freitag, *Globalgeschichte*; Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*.

13 François/Seifarth/Struck, Einleitung, S. 12.

14 Vgl. Kundrus, *Phantasiereiche*; Ames/Klotz/Wildenthal, *Germany's Colonial Past*; Loew/Serrier/Pletzing, *Wiedergewonnene Geschichte*; François/Seifarth/Struck, *Die Grenze als Raum*; Duhamelle/Kossert/Struck, *Grenzregionen*; Gil/Pletzing, *Granica*.

15 Vgl. Ther, *Deutsche Geschichte*; Grosse, *German Colonialism*.

16 Zu den ältesten, eher ideengeschichtlich ausgerichteten Untersuchungen, die diesen Weg einschlagen, gehört: Smith, *The Ideological Origins*. Vgl. auch Zimmerman, *Alabama in Africa*; Conrad, *Globalisierung und Nation*; Jureit, *Das Ordnen von Räumen*.

17 Vgl. exemplarisch Gründer, *Geschichte der deutschen Kolonien*; Speitkamp, *Deutsche Kolonialgeschichte*.

Geschichtswissenschaft geraten.¹⁸ Die Geschichte der Grenzregionen des Kaiserreichs, insbesondere die der östlichen Teile Preußens, wurde dagegen meist im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte interpretiert. Die dementsprechenden Studien richteten sich entweder auf die polnische Bevölkerung als »ethnische«, religiöse und politische Minderheit innerhalb des deutschen Nationalstaats oder auf den Antagonismus zwischen deutscher und polnischer Nationalbewegung.¹⁹ Auch hier hat in den letzten Jahren ein Wandel eingesetzt und Forscherinnen und Forscher stellen sich nun der Frage, inwieweit auch die preußisch-deutsche Herrschaft über Teile Polens und ab 1915 weitere Gebiete Osteuropas koloniale Züge trug.²⁰ Doch auch diese Arbeiten wagen den direkten Vergleich mit der »offiziellen« Kolonialpolitik des Kaiserreichs in Afrika und Übersee nicht. Meine Arbeit schließt an diese jüngsten Ansätze an, geht jedoch insofern über sie hinaus, als dass sie die überseeische und kontinentale Expansion des Kaiserreichs direkt miteinander in Beziehung setzt. Sie ist somit Teil einer imperialen, transnationalen Geschichte des Kaiserreichs, mit der ich zur Integration von Kolonialgeschichte und innereuropäischer Geschichte beitragen möchte.

Die Arbeit nimmt die semantische Vielfalt des Reichsbegriffs zum Ausgangspunkt, um nach den möglicherweise versteckten oder begrabenen Verbindungslinien zwischen kontinentaler und überseeischer Expansion zu fragen. Sie folgt damit der eingangs zitierten Aufforderung Pascal Grosses, diese beiden Phänomene als »komplementäre, miteinander verbundene und oftmals ambivalente Entwicklungen«²¹ wahrzunehmen. Im Fokus stehen dabei zwei Regionen, an denen sich das Verhältnis von kontinentaler und überseeischer Expansion besonders gut aufzeigen lässt: die östlichen Provinzen Preußens (Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien) und die Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Die deutsche Herrschaft über

18 Einen Überblick über die Themenfelder und aktuelle Stoßrichtung dieser Forschung liefert der Sammelband von Róisín Healy und Enrico Dal Lago. Healy/Dal Lago, *The Shadow of Colonialism*. Vgl. auch: Todorova, *Die Erfindung des Balkans*; Howe, *Ireland and Empire*; Kenny, *Ireland and the British Empire*; Rolf, *Imperiale Herrschaft*.

19 Vgl. exemplarisch Wehler, *Krisenherde des Kaiserreichs*; Grabowski, *Deutscher und polnischer Nationalismus*; Balzer, *Die preußische Polenpolitik*; Blanke, *Prussian Poland*; Conze, *Nationsbildung durch Trennung*.

20 Vgl. Ther, *Deutsche Geschichte*; Nelson, *Germans, Poland, and Colonial Expansion*; Kopp, *Gray Zones*; Dies., *Constructing Racial Difference*; Conrad, *Deutsche Kolonialgeschichte*, S. 96–106; Ureña Valerio, *The Stakes of Empire*.

21 Grosse, *German Colonialism*, S. 120 [Übersetzung – D.L.].

diese beiden »Grensräume des Kaiserreichs« und die in ihnen lebenden Bevölkerungen wies gewisse parallele Strukturen auf, was eine gemeinsame Analyse besonders lohnenswert macht. Dabei richtet sich mein Fokus besonders auf jene Politiken, die darauf abzielten mit Hilfe neuer oder umgestalteter Raumordnungen auf die Bevölkerungen der beiden Regionen – ihre Zusammensetzung, Interaktion und Mobilität – einzuwirken. Dieses Buch verfolgt demnach die Frage, ob es Verbindungslinien zwischen den Raum- und Bevölkerungspolitiken des Kaiserreichs in den östlichen Provinzen und in Deutsch-Südwestafrika gab und falls ja, wie diese aussahen. Parallele Entwicklungen sollen hierbei ebenso betrachtet werden wie Wechselwirkungen und Transfers.

Jürgen Osterhammel warnt davor, »alles, was sich selbst als »Reich« oder »Imperium« bezeichnet, über einen Kamm zu scheren.«²² Auf der anderen Seite räumt er jedoch ein, dass die gemeinsame Betrachtung unterschiedlicher Grenzregionen oder Frontiers, »große Ähnlichkeiten zwischen Fällen zutage gefördert [hat], die zumeist ohne Verbindung miteinander gesehen werden.«²³ Dies gilt auch für den Vergleich kontinentaler mit überseeischen Empires.²⁴ Wie aber lassen sich das »deutsche Reich« und die hier untersuchten Grensräume in diese Empireforschung einordnen? Ab 1884 erfüllte das Kaiserreich durchaus die meisten der strukturellen Kriterien, die Osterhammel zur Bestimmung und Abgrenzung von Empires anführt.²⁵ Die Grenzen des Kolonialreichs hatten Frontiercharakter und die Bevölkerungsstruktur war äußerst heterogen. Die Herrschaft über die sogenannten »Schutzgebiete« basierte auf einem ungleichen Rechtssystem, das zwischen »Eingeborenen« und Deutschen unterschied, und war nicht von unten legitimiert. Die Deutschen, die in den Kolonien lebten, verstanden sich als kulturell überlegene, differente Herrschaftselite und fühlten sich zur »Zivilisation« der Kolonisierten berufen.

Doch gilt dies auch für den kontinentalen Teil des Reiches und für die Zeit vor 1871? Ulrike von Hirschhausen und Jörn Leonhard scheinen dies zu verneinen, wenn sie von Deutschland im Gegensatz zum Habsburgerreich und Russland als einem sich »imperialisierenden Nationalstaat« sprechen. Ihnen zufolge lassen sich die imperialen Tendenzen des Kaiserreichs

22 Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, S. 579.

23 Ebd.

24 Leonhard/Hirschhausen, *Empires und Nationalstaaten*, S. 12.

25 Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, S. 607–610.

erst nach der Eroberung der Kolonialgebiete festmachen.²⁶ Philipp Ther schlägt dagegen vor, von einem »preußisch-deutschen Empire«²⁷ auszugehen, da sich dieser Begriff auch auf die Zeit vor der Reichsgründung und der kolonialen Expansion anwenden ließe. Er argumentiert überzeugend, dass Preußen seit der ersten Teilung Polens ein kontinentales Empire war und dass die Herrschaft über die östlichen Gebiete seit den 1860ern, vor allem aber nach der Reichsgründung, zunehmend koloniale Züge annahm. Aus dieser Perspektive erscheint Polen dann gar »als angrenzende Kolonie«.²⁸ Dem könnte man jedoch entgegen halten, dass die preußische Politik lange Zeit auf eine Integration der polnischen Gebiete und der polnischsprachigen Bevölkerung in den Staatsverband und somit nicht auf ein koloniales Herrschaftsverhältnis abzielte.

Eine klare Definition des »deutschen Reiches« als Empire ist demnach durchaus nicht unproblematisch. Im Folgenden soll es daher nicht darum gehen, den Beweis zu erbringen, dass Preußen beziehungsweise Deutschland gemessen an einer Reihe struktureller Kriterien tatsächlich ein Empire war. Vielmehr möchte ich in Anlehnung an Laura Ann Stoler und Carole McGranahan das Reich als »imperiale Formation« begreifen, als einen Komplex ökonomischer, politischer, ideologischer und kultureller Herrschaftspraxen.²⁹ Der Ansatz ist insofern vielversprechend, als dass Stoler und McGranahan davon ausgehen, dass sich imperiale Herrschaftspraxen auch jenseits der geopolitischen Gebilde finden lassen, die im Allgemeinen als Empires bezeichnet werden. Das Empire zeigt sich demnach dort, wo sich Herrschaftspraxen in flexiblen Grenzbeziehungen, heterogenen Bevölkerungsstrukturen, mangelnder Legitimation von unten, ungleichen Rechtsverhältnissen und kulturmissionarischen Projekten niederschlagen. Diese Herrschaftspraxen sind nicht an bestimmte Orte wie Kolonien gebunden, sondern werden von einer Lokalität zur anderen oder von einer Bevölkerungsgruppe auf eine andere übertragen. Die Untersuchung des »deutschen Reiches« als imperialer Formation ermöglicht es mir, die Herausbildung von ähnlichen Herrschaftspraxen an unterschiedlichen Orten nachzuzeichnen. So lässt sich verfolgen, inwieweit diese Ähnlichkeiten auf direkten Transfers und Adaptionen zwischen den Grensräumen oder aber auf inter-imperialen beziehungsweise globalen Einflüssen beruhten. Mitunter

26 Leonhard/Hirschhausen, *Empires und Nationalstaaten*, S. 12–13.

27 Ther, *Deutsche Geschichte*, S. 130.

28 Conrad, *Deutsche Kolonialgeschichte*, S. 97.

29 Stoler/McGranahan, *Introduction*.

kann es auch möglich sein, dass ähnliche lokale Bedingungen innerhalb der imperialen Formation unabhängig voneinander vergleichbare Herrschaftspraxen hervorbrachten.

Die östlichen Provinzen Preußens und Deutsch-Südwestafrika eignen sich in besonderem Maße als Ausgangspunkte, um den imperialen Charakter des Kaiserreichs und die Verbindungslinien zwischen kontinentaler und überseeischer Expansion zu ergründen. Bei beiden Regionen handelte es sich um Räume, deren Relation zum Reich durch ihren besonderen Status zur Disposition stand. Faktoren wie die geographische Ausdehnung des Reiches, die politische Reichweite des Staates sowie die Grenzen zwischen bestimmten Bevölkerungen galten hier als verhandelbar und damit auch gestaltbar. Die als peripher wahrgenommene Lage beider Regionen leistete imperialen Phantasien und Großraumplänen Vorschub. Gleichzeitig zeigten sich hier jedoch die Grenzen, die dem Staat in der politischen Praxis gesetzt waren. Die polizeiliche und administrative Durchdringung der Gebiete erwies sich als problematisch und die angestrebte vollständige Kontrolle über Territorium und Bevölkerung blieb lückenhaft.³⁰ Da in beiden Regionen große Bevölkerungsgruppen lebten, die sich selbst als nicht-deutsch definierten oder denen die Zugehörigkeit zur deutschen Nation verweigert wurde, musste in den östlichen Provinzen und Deutsch-Südwestafrika zudem die Frage nach dem Verhältnis von Nation, Staat und Empire immer wieder neu verhandelt werden.

Bei beiden Regionen handelte es sich um »Grenzräume« des Kaiserreichs, in denen und durch deren Gestaltung Grenzen zwischen Dingen und Lokalitäten, insbesondere jedoch zwischen Menschen gezogen wurden. Abstrahierend lässt sich diese Grenzziehung als Prozess beschreiben, in dem Unterscheidungen getroffen und diese durch verschiedene Handlungen und Instrumentarien verstetigt werden. Grenzen können zwischen einzelnen Menschen, zwischen kleinen Gruppen oder großen Einheiten anhand verschiedener Kriterien (zum Beispiel Nationalität, Sprache, Rasse, Ethnizität, aber auch Geschlecht, Gesundheitszustand, etc.) gezogen werden.³¹ Sie können sich im Raum und in den Köpfen von Menschen

30 Vgl. Gründer, *Geschichte der deutschen Kolonien*, S. 124–125; Zimmerer, *Deutsche Herrschaft*, S. 127–148; Blanke, *Prussian Poland*.

31 All diese Begriffe sind hier und im Folgenden als gesellschaftlich konstruierte, historische Kategorien zu verstehen, die jedoch auf reale Macht- und Gewaltverhältnisse verweisen. Dies betrifft auch Begriffe wie »weiß«, »schwarz«, »deutsch«, »polnisch«, »jüdisch« etc.

manifestieren (mental maps) und so zum Ausgangspunkt für Herrschaftspraxen werden. Sie können das Fremde vom Eigenen als tendenziell Gleichwertiges trennen, als Minderwertiges absondern oder als Gefahr ausgrenzen. Was durch wen, nach welchen Kriterien und mit welchen Mitteln voneinander abgegrenzt wird, ist in jedem Fall ort- und zeitspezifisch.

Der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit fällt in den Beginn jener Ära zwischen den 1860er und 1960er Jahren, die Charles Maier als »Zeitalter der Territorialität« charakterisiert hat. Maier bezeichnet »das Auftreten, den Aufstieg und die darauffolgende Krise dessen, was am besten als Territorialität bezeichnet wird«,³² als eine der fundamentalsten soziopolitischen Entwicklungen der Moderne. Territorialität meint in diesem Kontext nicht allein die Unterwerfung von Subjekten unter die Staatsgewalt, sondern die Kontrolle von Dingen und Menschen durch die Kontrolle von umgrenzten politischen Gebieten. Dabei ist die Größe des zu kontrollierenden Gebiets – sei es ein einzelnes Gebäude, eine Region, ein Staat oder eine internationale Arena – unerheblich.³³ Auch im Kaiserreich spielte dieses »Ordnen von Räumen«³⁴ zur Kontrolle von Menschen eine zentrale Rolle. Dabei ging die Herausbildung von Territorialität mit politischen Bestrebungen zur Expansion des Reiches, Versuchen der Verschiebung aber auch der Fixierung von Grenzen und der Fokussierung auf die Bevölkerung als Ressource einher.³⁵ »Raum« und »Bevölkerung« avancierten so zu Schlüsselbegriffen des politischen und wissenschaftlichen Denkens. Aufgrund ihres »diffusen Inhalts dafür prädestiniert [...] eine Vielzahl verschiedener Vorstellungen und Forschungsvorhaben zu bündeln«,³⁶ konnten sie einen gemeinsamen Bezugspunkt für unterschiedlichste politische Konzepte bieten. Dabei standen wissenschaftliche, politische und öffentliche Debatten in einem engen Wechselverhältnis, sodass es vielfach keine oder nur verschwommene Grenzen zwischen Wissensproduktion und politischer Praxis gab. Die hier untersuchten Herrschaftspraxen – Migrationskontrollen, Ansiedlungspolitiken und urbane Segregation – dienten alle auf die eine oder andere Art der Herstellung von Territorialität. Ich bezeichne sie daher als territoriale Bevölkerungspolitiken.

32 Maier, *Consigning*, S. 807 [Übersetzung – D.L.].

33 Sack, *Human Territoriality*, 1983; Ders., *Human Territoriality*, 1986.

34 Jureit, *Das Ordnen von Räumen*.

35 Vgl. ebd., S. 31–50.

36 Petersen, Tagungsbericht, in: *H-Soz-Kult*, 08.10.2004.

Ausgehend von der Frage nach dem Zusammenhang zwischen kontinentaler und überseeischer Kolonisation untersucht diese Arbeit, mit welchen territorialen Bevölkerungspolitiken wann und wie versucht wurde auf das Verhältnis von Raum und Bevölkerung innerhalb der Grensräume einzuwirken. Darüber hinaus geht es mir darum aufzuzeigen, welche konkreten Vorstellungen von der Beziehung zwischen Raum und Bevölkerung den politischen Maßnahmen zugrundelagen, wie diese Vorstellungen entstanden und wie sie sich über den untersuchten Zeitraum hinweg veränderten. Dabei richtet sich mein Interesse insbesondere darauf, wie sich das Verhältnis zwischen Wissensproduktion und politischer Praxis gestaltete und inwieweit sich die in den beiden Regionen eingesetzten territorialen Bevölkerungspolitiken unabhängig voneinander entwickelten oder nicht. Worin ähnelten und unterschieden sich die Bevölkerungspolitiken in den beiden Grensräumen? Gab es einen direkten Transfer von Wissen und Praktiken zwischen den östlichen Provinzen Preußens und Deutsch-Südwestafrika? Oder lassen sich die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den politischen Maßnahmen eher auf das Wechselspiel von lokalen Gegebenheiten und transimperialen Raum- und Bevölkerungsdiskursen zurückführen? Nicht zuletzt stellt sich auch die Frage, ob und wenn ja, welchen Einfluss die jeweiligen Politiken auf diejenigen Konzepte von Expansion und Lebensraum entfalteten, die aus heutiger Sicht einen Radikalisierungsschub im raum- und bevölkerungspolitischen Denken am Anfang des 20. Jahrhunderts markieren.

Theoretisch lässt sich die Arbeit damit an der Schnittstelle von Vergleichs- und Transfergeschichte einordnen. Dabei folge ich den Anregungen von Michael Werner und Zimmermann, weder von vorgefertigten Vergleichskategorien oder -einheiten auszugehen, noch von fixierten Ausgangspunkten oder Richtungen historischer Transfers. Stattdessen bilden die konkreten Objekte meiner Untersuchung, die territorialen Bevölkerungspolitiken, den Ausgangspunkt der Analyse und mit ihnen die »Ebene der Handelnden«, die »Konflikte[...], in denen sie standen«, und die »Strategien, die sie zu ihrer Lösung entwickelten«.³⁷ Inspiriert durch die Postkolonial Studies versucht diese Arbeit zudem ein differenziertes Bild von den vielschichtigen Beziehungen zwischen Peripherien und Metropolen zu zeichnen, um so die Trennung einer Geschichte des »Westens« und des »Rests« zu überwinden. Ein Blick auf die Grensräume des Kaiserreichs

37 Vgl. Werner/Zimmermann, Vergleich, Transfer, Verflechtung, S. 617.

scheint methodisch in besonderem Maße dazu geeignet das »deutsche Reich« zu »provinzialisieren«.³⁸

Drei Untersuchungsfelder stehen bei meiner Analyse imperialer Herrschaftspraxen im Mittelpunkt, an denen sich auch die Struktur dieser Arbeit festmacht: Migration und Arbeit, Ansiedlung und Rauman eignung sowie urbane Segregation. Um jedoch weiterreichende Aussagen über das Verhältnis von kontinentaler zu überseeischer Expansion treffen zu können, ist es notwendig, diese konkreten Forschungsfelder in einen größeren historischen Kontext einzubetten. Gestützt auf Sekundärliteratur analysiere ich die territorialen Bevölkerungspolitiken daher vor dem Hintergrund des imperialen Ausgreifens Preußens seit den polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert. Dabei gehe ich auch auf frühe Kolonialphantasien in Bezug auf Afrika und den europäischen Osten ein. Für die Herausbildung und Gestaltung der Grenzräume des Kaiserreichs ist diese Vorgeschichte, die im zweiten Kapitel skizziert wird, von zentraler Bedeutung.

Im Rahmen des ersten Untersuchungsschwerpunkts analysiere ich die territorialen Bevölkerungspolitiken vor dem Hintergrund des Verhältnisses von Migration und Arbeit. Das 19. Jahrhundert war sowohl durch zahlreiche Binnenwanderungen als auch durch weitreichende Migrationsbewegungen von globalem Ausmaß gekennzeichnet. Sowohl Afrika als auch Europa waren in dieses Netz eingebunden.³⁹ Die Suche nach Arbeit oder besseren Arbeitsbedingungen gehörte zu den zentralen Motiven der aus-, ein- oder hin und her wandernden Menschen.⁴⁰ Aus staatlicher Sicht stellte Migration einen mitunter unkalkulierbaren ökonomischen und politischen Faktor dar, den keine Regierung ignorieren konnte. In den Grenzräumen des Kaiserreichs trat dies besonders deutlich zutage, da hier die Abhängigkeit von mobilen und zugleich als nicht-deutsch definierten Arbeitskräften sehr hoch war. Unter dem Stichwort »Grenzziehungen« analysiere ich im dritten Kapitel, mit welchen politischen Mitteln die deutschen Behörden in den östlichen Provinzen Preußens und in Deutsch-Südwestafrika versuchten, die Migration von Menschen zu regulieren. Untersucht werden die Massenausweisung und Deportationen, Migrationsbeschränkungen

38 Vgl. Chakrabarty, Europa provinzialisieren.

39 Vgl. Reinecke, *Grenzen der Freizügigkeit*; Sassen, *Migranten, Siedler, Flüchtlinge*; Nugent, *Crossings*; Bade, *Europa*; Hoerder, *Labor Migration*; Ders., *Cultures in Contact*; Ders., *Migrations and Belongings*, Christopher/Pybus/Rediker, *Many Middle Passages*.

40 Vgl. Hoerder, *Migrations and Belongings*, S. 491–547; Sassen, *Migranten, Siedler, Flüchtlinge*, S. 56–66; Oltmer, *Wanderungsraum Deutschland*, S. 14–17.

sowie die Einführung von Passmarken und -karten zur Kontrolle und Kategorisierung von Arbeitskräften. Dabei geht es vor allem darum, die hinter diesen territorialen Bevölkerungspolitiken steckenden Exklusionsmechanismen offenzulegen. Die Untersuchung stützt sich auf Akten des Gouvernements in Deutsch-Südwestafrika und der Lokalbehörden zu den sogenannten »Eingeborenenangelegenheiten« sowie auf die Unterlagen der preußischen Ministerien zur Einrichtung der »Deutschen Arbeiterzentrale«. Um die Hintergründe nachzuzeichnen, vor denen diese Maßnahmen beschlossen wurden, greift sie zudem auf Publikationen und die Protokolle parlamentarischer Debatten zur »Landarbeiterfrage« zurück.

Die Frage der Aneignung von Räumen durch Siedlungskolonisation bildet den zweiten Untersuchungsschwerpunkt und Fokus des vierten Kapitels. Wie Migration war auch Siedlungskolonialismus im 19. Jahrhundert ein globales Phänomen, das sich der staatlichen Kontrolle mitunter entzog. Ein Großteil der deutschen Auswanderinnen und Auswanderer migrierte dauerhaft nach Nord- und Südamerika. Diese Auswanderung wurde im Verlauf des Jahrhunderts zunehmend als »nationaler Verlust« wahrgenommen, was wiederum als Argument zur Expansion des Reiches vorgebracht wurde. Gleichzeitig setzte sich zunehmend die Vorstellung durch, mit der gezielten Förderung von Ansiedlung die annektierten Gebiete im Osten des Reiches beziehungsweise in Afrika »germanisieren« zu können. Ich konzentriere mich hier auf staatlich finanzierte Siedlungspolitiken in den beiden Grensräumen. Hierunter fallen das preußische Ansiedlungsgesetz von 1886, die Einrichtung der *Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen* sowie der Versuch eine solche Kommission auch in Deutsch-Südwestafrika zu installieren. Daneben beleuchte ich die Diskussionen um den kulturmissionarischen Auftrag der Siedlerinnen und Siedler als Teil der »Germanisierungspolitiken«. Zudem analysiere ich das Wechselverhältnis von Siedlungspolitik und Raumaneignung am Beispiel der Gesetzgebung zur Landenteignung und Niederlassungsbeschränkung. Dabei stütze ich mich auf Archivalien zu den »Besiedlungssachen« in Deutsch-Südwestafrika und den Verhandlungen der preußischen Ministerien über die Ansiedlungskommission sowie zeitgenössische Publikationen zur »inneren« und »äußeren Kolonisation«. Ergänzend werden auch Selbstzeugnisse von Siedlerinnen und Siedlern hinzugezogen.

Das dritte Forschungsfeld wird durch einen engeren räumlichen Fokus bestimmt. Hier untersuche ich, inwieweit sich die territorialen Bevölkerungspolitiken im Stadtraum von Posen und Windhoek niederschlugen.

Städten kommt bei der Aushandlung von Raumvorstellungen eine zentrale Rolle zu, denn nirgendwo sonst treffen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen so direkt und unmittelbar aufeinander. Dieses Aufeinandertreffen führte in nahezu allen Städten des 19. und 20. Jahrhunderts zu einer urbanen Segregation, die jedoch auf sehr unterschiedlichen ökonomischen, sozialen, religiösen oder auch rassischen Unterteilungen der Einwohnerschaft basieren konnte. Am Beispiel von Posen und Windhoek überprüft das fünfte Kapitel, inwieweit die urbane Segregation durch gezielte Politiken hergestellt wurde und ob sie auf rassischen beziehungsweise ethnischen Kriterien basierten. Es geht also darum zu ergründen, ob die für imperiale Formationen typischen Grenzziehungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ihren Niederschlag in der räumlichen Ordnung der beiden Städte fanden. Dieser Teil der Untersuchung basiert auf Quellen zur Entfestigung und Erweiterung der Stadt Posen und zur Einrichtung der sogenannten »Eingeborenenwerft« in Windhoek sowie auf zeitgenössischen Stadtbeschreibungen und Verwaltungsberichten.

Abschließend kann und soll nicht darauf verzichtet werden einen Blick auf die Zeit nach 1914 zu werfen. Schlugen sich die in den Grenzräumen entwickelten Vorstellungen von Raum und Bevölkerung auch nach Beginn des Ersten Weltkriegs nieder? Wie Gabriel Vejas Liulevicius aufzeigt, wies die deutsche Militärherrschaft im Baltikum eindeutig koloniale Züge auf.⁴¹ Ebenso lassen sich die Pläne zur Schaffung eines von Deutschland dominierten »Mitteleuropas« oder zur Einrichtung des »polnischen Grenzstreifens« als imperiale oder koloniale Projekte charakterisieren.⁴² Im sechsten Kapitel soll geklärt werden, inwieweit bei der Besatzungsherrschaft im Osten, der Kriegszieldiskussion und dem Umgang mit ausländischen Zivilarbeitern an die territorialen Bevölkerungspolitiken der Vorkriegszeit angeknüpft wurde. Es geht darum, Verbindungslinien zwischen Vorstellungen und Praktiken vor und nach 1914 aufzuzeigen, gleichzeitig aber auch die Brüche mit der Vorkriegszeit und die Radikalisierung des raum- und bevölkerungspolitischen Denkens während des Krieges deutlich zu machen. Die Arbeit schafft damit die Grundlage für eine differenziertere Betrachtung deutscher Expansionspläne und -politiken im weiteren Verlauf des 20. Jahrhundert. Sie leistet somit auch einen Beitrag zur vieldiskutierten Frage

41 Vgl. Liulevicius, *Kriegsland im Osten*.

42 Vgl. Meyer, *Mitteleuropa*; Mommsen, *Die Mitteleuropaidee*; Geiß, *Der polnische Grenzstreifen*.

nach den Kontinuitätslinien von »Windhuk nach Auschwitz« oder von »Windhuk nach Warschau«.43

43 Zu dieser Debatte vgl. exemplarisch: Zimmerer, *Von Windhuk nach Auschwitz*; Ders., *Von Windhuk nach Warschau*; Kundrus, *Von Windhoek nach Nürnberg*; Dies., *Kolonialismus*; Gerwarth/Malinowski, *Der Holocaust*; Madley, *From Africa to Auschwitz*; Grosse, *German Colonialism*; Langbehn/Mohammad, *German Colonialism*. Für eine Zusammenfassung der Hauptargumentationslinien siehe Kühne, *Colonialism and the Holocaust*.

2. Expansion

2.1 Preußen imperial

Die Teilungen Polens

Folgt man Philipp Ther, so beginnt die Geschichte des »preußisch-deutschen Empires« 1772 mit der ersten Teilung Polens. Tatsächlich spricht einiges für eine solche Interpretation. In dem Versuch es den zwei kontinentalen Großmächten – der Habsburger Monarchie und dem russischen Zarenreich – gleichzutun, begannen die Hohenzollern zwar bereits Mitte des 18. Jahrhunderts unter Friedrich II. ihr Staatsgebiet nach Osten auszudehnen, indem sie Schlesien eroberten. Doch von einer imperialen Politik, die eine gezielte territoriale Expansion und die Unterwerfung »fremder« Länder und Bevölkerungen verfolgte, sollte vielleicht erst mit dem Beginn der Aufteilung Polens zwischen den drei miteinander konkurrierenden Großmächten die Rede sein.¹ »The partitioning of Poland«, erläutert Norman Davies, »was without precedent in modern European History. Although victorious powers habitually stripped their defeated rivals of territorial possessions and were not averse to dividing the Spoils of India, America or Africa, there is no other instance when they deliberately annihilated one of Europe's historic states in cold blood.«² Mit ihrer Expansion auf Kosten der polnischen Adelsrepublik übertrugen Russland, Österreich und Preußen Mechanismen der territorialen Aneignung, die bisher nur außerhalb Gültigkeit gehabt hatten, auf Europa. Preußen wurde damit zu

¹ Definitiv abzugrenzen ist der preußische Imperialismus des 19. Jahrhunderts von der mittelalterlichen Ostkolonisation des 13. und 14. Jahrhunderts, bei der es sich um eine Ausbreitung des deutschen Stadtrechts handelte, sowie den Migrationsbewegungen des 16. und 17. Jahrhunderts im Zuge der Gegenreformation, die meist konfessionelle Motive hatten. Hinter beiden Migrationsbewegungen standen keine staatlichen expansiven Motive. Vgl. Streiter, *Die nationalen Beziehungen*, S. 7.

² Davies, *God's Playground I*, S. 386.

einem, wenn auch vergleichsweise kleinen kontinentalen Empire. Dieser Schritt sollte langfristige Folgen haben, führte er doch dazu, dass die preußische Politik und damit schließlich auch die reichsdeutsche von einem beständigen Spannungsverhältnis zwischen staatlichen und imperialen Tendenzen geprägt wurde.

Tatsächlich ging ein nicht unwesentlicher Teil der politischen Initiative zur Zerstörung des polnischen Staates von Preußen selbst aus. Bereits 1752 hatte Friedrich II. in seinem politischen Testament die Existenzfähigkeit der *Rzeczpospolita* angezweifelt und eine Aufteilung Polens durch die angrenzenden Monarchien angeregt.³ Aus preußischer Sicht lag das Interesse dabei zunächst in der Herstellung einer Landverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen. Es ging darum »Preußen durch das polnische Gebiet zu arrondieren«⁴ und so die Territorialherrschaft im gesamten Herrschaftsbereich der Hohenzollern zu festigen. Nach dem Tod des polnischen Königs August III. im Jahr 1763 und der darauffolgenden Wahl Stanislaw August Poniatowskis machte sich Friedrich II. die politischen Unruhen in Polen, die Konflikte zwischen Russland und Österreich sowie den Russisch-Türkischen Krieg zu Nutze, um seine Pläne gegen die zögerliche Haltung Katharinas II. und den Widerstand Maria Theresias durchzusetzen.⁵ Am 2. August 1772 unterzeichneten die drei Großmächte den Teilungsvertrag, nachdem ihre Truppen die betroffenen Gebiete zuvor bereits besetzt hatten. Preußen bekam darin jene Regionen zugesprochen, die später einen Großteil der Provinz Westpreußen ausmachen sollten: das Ermland, die Wojewodschaft Marienburg, das Kulmerland und Pomerellen. Hinzu kam der sogenannte Netzedistrikt mit den Städten Bromberg und Hohensalza, das seit Mitte des 15. Jahrhunderts Teil des Königreichs Polen gewesen war. Damit unterstand nun das ganze ehemalige Kerngebiet des Deutschen Ordens der Hohenzollernherrschaft: die Könige in Preußen durften sich von nun an »Könige von Preußen« nennen.⁶

Indem sie die Annexion als »Maßregel zur »Pazifizierung« Polens«⁷ deklarierten, bedienten sich die Teilungsmächte, darunter auch Preußen, einer dezidiert kolonialen Rhetorik, um ihren Expansionsdrang zu verschleiern.

3 Ebd., S. 389.

4 Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 51.

5 Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 45–48; Davies, *God's Playground I*, S. 389–393; Heyde, *Geschichte Polens*, S. 49–50; Cegielski, *Das alte Reich*.

6 Vgl. Bömelburg, *Friedrich II.*, S. 58.

7 Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 49.

Sie gaben vor, allein für eine Friedenssicherung und damit zum Wohle aller, auch der polnischen Bevölkerung, in die Teilungsgebiete einmarschiert zu sein. Das eigentliche politische Versagen schoben sie damit der polnischen Regierung zu, die sich als unfähig erwiesen habe, die politische Ordnung aufrecht zu erhalten.⁸ Tatsächlich wurde der Sejm gezwungen, eine Delegation zu entsenden, die am 21. August 1773 einen Abtretungsvertrag unterzeichnete und damit die Gebietsaneignungen im Nachhinein legitimierte.⁹ In seiner »Histoire de mon temps« von 1779 gab Friedrich II. jedoch offen zu, dass er »für die Gültigkeit unserer Rechte nicht einstehen« könne, »auch nicht für die der russischen, noch weniger für die der österreichischen«¹⁰ – ein Eingeständnis, das aus der deutschsprachigen Ausgabe von 1913 getilgt wurde, stellte es doch die vermeintlich historischen Ansprüche auf Westpreußen in Frage.¹¹

Noch deutlicher traten die imperialen Expansionsbestrebungen Preußens bei der zweiten und dritten Teilung Polens hervor. In den 1780er Jahren kam es zunächst zu einer kurzfristigen Annäherung zwischen den Regierungen beider Länder. Der unter Friedrich Wilhelm II. mit außenpolitischen Angelegenheiten betraute Ewald Friedrich Hertzberg handelte einen preußisch-polnischen Bündnisvertrag aus, der im März 1790 unterzeichnet wurde. Darin sicherte Preußen zu, die Unversehrtheit des polnischen Staatsgebietes zu wahren. Hertzberg hoffte darauf, Österreich zu einer Rückgabe Galiziens an Polen zu bewegen, um dann von Polen als Gegenleistung die Abtretung der Städte Thorn und Danzig zu fordern. Diese Pläne starben jedoch mit Joseph II. Unter seinem Nachfolger Leopold II. veränderten sich die politischen Allianzen und das Bündnis mit Polen verlor für Preußen seine Bedeutung. Derweil gewann in Warschau die *Stronnictwo Patriotyczne* an Einfluss, eine politische Partei, die unter dem Einfluss der Aufklärung und der Französischen Revolution umfassende politische Reformen verfolgte und schließlich auch von Stanislaw II. August unterstützt wurde. Am 3. Mai 1791 verabschiedete der Sejm die erste europäische Verfassung, die Polen in eine moderne konstitutionelle Monarchie verwandeln sollte.¹² Für die absolutistischen Regimes der Nachbar-

8 Zum negativen Polenbild Friedrich II. vgl. Bömelburg, *Friedrich II.*, S. 78–88.

9 Vgl. ebd.; Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 49.

10 Friedrich der Große, *Œuvres VI*, S. 51.

11 Friedrich der Große, *Werke 5*, S. 36. Vgl. auch: Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 52.

12 Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 54–56; Heyde, *Geschichte Polens*, S. 51–52; Kusber, Vom Projekt zum Mythos; Kocój, *Dyplomacja Prus, Austrii i Rosji*; Reinalter/Leisching, *Die polnische Verfassung*; Jaworski, *Nationale und internationale Aspekte*.

länder stellten die revolutionären Ereignisse in Paris und Warschau jedoch eine Bedrohung dar und führten zu neuen politischen Bündnissen unter ihnen. »The future of the inhabitants of Poland-Lithuania«, argumentiert Davies, »was decided not by the reformers and revolutionaries, but by the despots of St. Petersburg, Vienna, and Berlin.«¹³

Die zweite und dritte Teilung Polens ergab sich jedoch nicht zwingendermaßen aus den politischen Umbrüchen im Land. Katharina II. strebte zunächst zwar eine Konterrevolution und die Wiederherstellung der alten Verfassung, aber keine Neuordnung der territorialen Verhältnisse, an. Es war Friedrich Wilhelm II., der in Missachtung des preußisch-polnischen Abkommens eine weitere Expansion des eigenen Staatsgebietes gen Osten forderte. In dem Wissen, dass Preußen Polen nicht unterstützen würde, ließ Katharina II. daraufhin im Mai 1792 russische Truppen einmarschieren, die das polnische Heer unter Tadeusz Kościuszko in wenigen Monaten überwältigten.¹⁴ Die von russischer Seite geplante Wiederherstellung der alten Ordnung scheiterte jedoch am Widerstand der polnischen Bevölkerung und so willigte die Zarin in schließlich in die Pläne Friedrich Wilhelms ein. Im Januar 1793 besetzten preußische Truppen den westlichen Teil Polens und am 23. Januar wurde der preußisch-russische Teilungsvertrag abgeschlossen. Abermals zwangen die Teilungsmächte die Mitglieder des Sejms zur nachträglichen Anerkennung des Status quo. Preußen beanspruchte nun das gesamte Gebiet zwischen Ostpreußen im Norden und Oberschlesien im Süden.¹⁵

Die Geschehnisse der folgenden zwei Jahre trugen in vieler Hinsicht die Züge eines typischen Konflikts am Übergang zwischen informeller zu formeller Imperialherrschaft. Katharina II. versuchte die formell noch unabhängigen Gebiete durch eine Strategie der »indirect rule« zu kontrollieren, indem sie sich auf die konservativen Gegner der Maiverfassung stützte. Diese genossen jedoch kaum Rückhalt in der polnischen Bevölkerung und konnten sich nur mit Hilfe des russischen Militärs an der Macht halten. Die mangelnde Legitimität der Regierung führte dazu, dass ihre Herrschaft zunehmend in Frage gestellt wurde. Aus Angst vor einer Zuspitzung der Situation beschloss Katharina II. im Frühjahr 1794 das polnische Heer um die Hälfte der Soldaten zu reduzieren und forcierte damit die militärische Eskalation des Konflikts. Kościuszko, der kurz zuvor aus

13 Davies, *God's Playground I*, S. 401.

14 Vgl. ebd., S. 403–304.

15 Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 55–61.

dem Exil zurückgekehrt war, setzte sich an die Spitze der Bewegung und rief die gesamte polnische Bevölkerung zum militärischen Widerstand auf. Dabei konnte der ehemalige Adjutant George Washingtons auf Erfahrungen aus einem anderen »anti-imperialen« Krieg zurückgreifen, sodass die Aufständischen zunächst überraschende militärische Erfolge erringen konnten.¹⁶

Langfristig waren die polnischen Truppen jedoch auf militärische Unterstützung aus dem Ausland angewiesen und diese blieb aus. Im Gegenteil, Friedrich Wilhelm II. sah die Gelegenheit für eine weitere Expansion Preußens gekommen und ließ, obwohl er sich bereits im Krieg gegen Frankreich befand, preußische Truppen unter der Führung des Kronprinzen in Polen einmarschieren. An diesem Punkt erklärten nun auch Russland und Österreich das Existenzrecht des polnischen Staates für verwirkt. Mit Kościuszkos Gefangenahme im Oktober 1794 begann die endgültige Niederlage der polnischen Aufständischen. Sie fand im Massaker von Praga ihren Schlusspunkt, bei dem schätzungsweise 23.000 Warschauer Bürgerinnen und Bürger ermordet wurden.¹⁷ Danach trafen zunächst Russland und Österreich bilaterale Vereinbarungen, bevor schließlich alle drei Großmächte am 24. Oktober 1795 den dritten und letzten Teilungsvertrag unterzeichneten, der das Ende des polnischen Staatswesens besiegelte. Wenn Friedrich Wilhelm II. auch auf Krakau verzichten musste, so reichte das preußische Staatsgebiet nun bis ins heutige Weißrussland und umfasste die Städte Warschau und Białystok.¹⁸

Die Aufteilung Polens unter seinen europäischen Nachbarn, von der Preußen maßgeblich profitierte, glich in vieler Hinsicht der Aufteilung Afrikas unter den europäischen Kolonialmächten.¹⁹ Wie ein Jahrhundert später der afrikanische Kontinent, so wurde Polen Ende des 18. Jahrhunderts als »ein verfügbarer und willkommener ›Fonds‹ angesehen«.²⁰ Um diesen auszubeuten und dadurch ihre Staatsterritorien erheblich zu erweitern, waren die europäischen Mächte sogar bereit, ihre machtpolitischen Gegensätze für einen gewissen Zeitraum beiseite zu lassen. Am »grünen Tisch« entschieden sie über die Verteilung von Land und Menschen. Kaum

16 Zu Kościuszko und seinen Verbindungen nach Nordamerika vgl. Nash/Hodges, *Friends of liberty*; Storożynski, *The Peasant Prince*.

17 Vgl. Mikaberidze, Praga.

18 Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 61–64; Heyde, *Geschichte Polens*, S. 53.

19 Hierauf weist auch Norman Davies hin. Vgl. Davies, *God's Playground I*, S. 396.

20 Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 64.



Abb. 1: Nicolas Noël Le Mire nach Jean-Michel Moreau, *Le gâteau des rois*, 1773

Quelle: The British Museum, Nr. J,4.178.

irgendwo ist dies so anschaulich dargestellt wie in »Le gâteau des rois«, einer Allegorie der Ersten Teilung Polens. Die Abbildung zeigt die Staats-

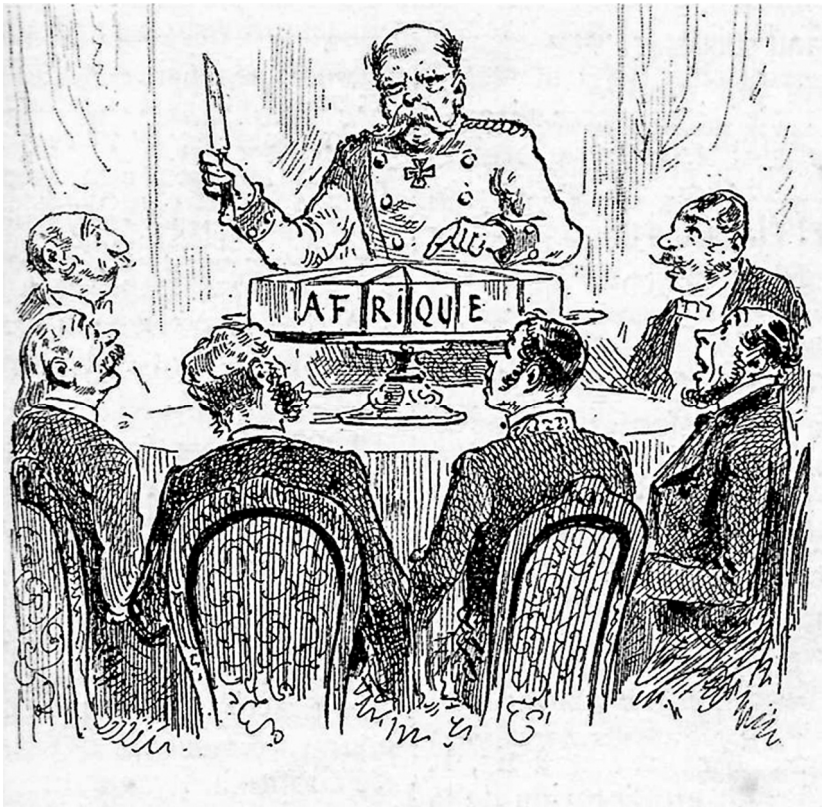


Abb. 2: Französische Karikatur zur Berliner Afrikakonferenz

Quelle: Journal L'Illustration, 1885.

oberhäupter der drei Teilungsmächte und Stanislaw II. August, die alle an einer Karte des polnischen Staates zerren, um ein möglichst großes Stück (des Kuchens) für sich zu ergattern (Abbildung 1). Der Kupferstich erlangte trotz Zensur noch im Entstehungsjahr 1773 große Popularität und wurde vielfach kopiert und zitiert, unter anderem in einer französischen Karikatur zur Berliner Afrikakonferenz, die Otto von Bismarck im Kreis von Diplomaten beim Zerschneiden des »afrikanischen Kuchens« zeigt (Abbildung 2).

Auf effektvolle Art und Weise verdeutlichen beide Bilder die Willkür, mit der die verantwortlichen Staatsvertreterinnen und Staatsvertreter am »grünen Tisch« Territorien zusammenfügen oder unter sich aufteilen, weit

entfernt von den betroffenen Regionen, aber mit der Macht und den Mitteln ausgestattet, um die vor ihnen liegenden, scheinbar unbewohnten Gebiete nach Belieben zu gestalten oder sich einzuverleiben. Die zwei Bilder implizieren auch, dass sich die imperiale Expansion in Afrika nicht grundsätzlich von der in Europa unterschied. Campbell Shittu Momoh hat bereits 1989 darauf hingewiesen: »Europeans colonized the Africans. Europeans enslaved the Africans. Europeans partitioned the Africans. They (the Europeans) did those same things on a larger and even more inhuman scale to themselves. They only came to Africa to visit and re-enact their experience on us.«²¹ Dabei geht es Momoh nicht darum, den europäischen Kolonialismus in Afrika zu rechtfertigen oder zu relativieren. Vielmehr will er aufzeigen, dass Europäerinnen und Europäer mit einem gewissen Erfahrungshorizont nach Afrika kamen: »Europeans were steeped in the acts of partitioning, colonizing and enslaving in their own continental enclaves before they set their sails on African waters.«²² Im Fall des Deutschen Reiches reicht dieser Erfahrungshorizont bis in das 18. Jahrhundert zurück. Als Deutschland 1884 in den Kreis der Kolonialmächte eintrat, konnte es auf eine über einhundertjährige Tradition kontinentaler imperialer Expansion in Zentraleuropa zurückblicken.

Das Großherzogtum Posen als »Kolonialland des preußischen Staates«

Die Aufteilung der polnischen Adelsrepublik unter den benachbarten Großmächten war in erster Linie ein diplomatischer Akt. Die neuen Grenzen zwischen den drei Nachbarn Russland, Österreich und Preußen, die das ehemalige polnische Staatsgebiet durchkreuzten, wurden vertraglich und ohne ein Mitspracherecht der polnischen Seite festgelegt. Damit ist über die Wirksamkeit dieser Grenzen sowie die Integration der Gebiete und ihrer Bevölkerungen in die jeweiligen Empires allerdings noch nichts ausgesagt. Für Preußen bedeutete die neue Situation eine »radikale Verschiebung der Territorial- und Bevölkerungsstruktur.«²³ Das Gebiet des Staates hatte sich durch die Annexionen im Osten verdoppelt, seine Bevölkerung war von fünf auf acht Millionen gewachsen. Die drei Millionen an Neubürgerinnen und -bürger sprachen größtenteils polnisch und gehörten

21 Momoh, *A Critique of Borderland Theories*, S. 57.

22 Ebd.

23 Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 68.

der katholischen Kirche an.²⁴ Preußen wies demnach eine für Empires typische sprachliche und religiöse Vielfalt auf. Doch im Gegensatz zum zaristischen Russland und der Habsburger Monarchie entstand unter den Hohenzollern kein loser Verbund von Gebieten mit unterschiedlichem Rechtsstatus, die primär durch dynastische Verbindungen zusammengehalten wurden.²⁵

»Many features of life in Prussia [...] differed fundamentally from those in the neighbouring empires. For one thing, Prussia was a Rechtsstaat – a political community which operated within the framework of law. Although the political institutions never amounted to more than a »Façade Democracy«, none the less the authoritarian system operated through regular procedures, and by legal means. It possessed a solid, well oiled, and efficient bureaucratic machine, whose design and operation were publicly known and widely admired.«²⁶

Was die Führung der eroberten polnischen Gebiete anging, trat Preußen weniger als typisches Empire, sondern eher als moderner Verwaltungsstaat auf. In Schlesien und Westpreußen wurde noch unter Friedrich II. das zentralstaatliche, kameralistische Verwaltungssystem eingeführt, das tiefgreifende ökonomische, polizeiliche und fiskalische Veränderungen mit sich brachte. Nach der zweiten und dritten Teilung Polens setzte Friedrich Wilhelm II. diese Neuordnung in den zentralpolnischen Gebieten rigoros fort.²⁷ Dies bedeutete jedoch nicht, dass die neugewonnenen preußischen Ostgebiete damit auf dieselbe Stufe gestellt wurden wie der Rest des Reiches. Friedrich II. bemerkte gegenüber Voltaire, man könne Westpreußen eher mit Kanada vergleichen, denn mit anderen europäischen Staaten.²⁸ Auch die Provinznamen »Neuostpreußen«, »Südpreußen« und »Neuschlesien« kennzeichneten die ehemals polnischen Landesteile nach der dritten Teilung »als Kolonialland des preußischen Staates.«²⁹ Zudem blieben sie formell den Provinzialministern Schlesiens, Ost- und Westpreußens unterstellt. Mit Steuersätzen, die wesentlich höher lagen als in anderen Provinzen, und der Enteignung von Kirchengütern bereicherte sich die preußische Regierung darüber hinaus in kolonialer Manier an den neuen Territorien und ihrer Bevölkerung. Allein in Südpreußen wurden 13 Prozent der

24 Vgl. ebd.

25 Vgl. Leonhard/Hirschhausen, *Empires und Nationalstaaten*, S. 10.

26 Davies, *God's Playground II*, S. 86.

27 Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 68–72.

28 Bömelburg, *Friedrich II.*, S. 89.

29 Ebd., S. 70.

landwirtschaftlichen Nutzfläche der Domänenverwaltung unterstellt.³⁰ Friedrich II. machte den polnischen Adel für die »liederliche polnische Wirtschaft« in Westpreußen verantwortlich. Der polnischen Bevölkerung warf er einen Mangel an Fleiß, Sauberkeit und Ordnung vor, den Bauern Dummheit und Unwissenheit. Sie sollten »prussifiziert« werden und sich ein Vorbild an den 16.000 Deutschen nehmen, die bis 1786 in Westpreußen angesiedelt wurden.³¹ Auch in Südprenen ließen sich nach der Zweiten Teilung etwa 11.000 Personen mit staatlicher, in geringem Umfang auch mit privater Unterstützung, nieder.³² Diese Ostkolonisation unterschied sich jedoch von späteren Siedlungspolitiken dadurch, dass sie nicht auf eine Verdrängung der polnischen Bevölkerung abzielte.³³

Die »koloniale Herrschaft« über Südprenen und Neuprenen währte nur 14 beziehungsweise zwölf Jahre. Nach den Niederlagen gegen die napoleonische Armee, die von polnischer Seite unterstützt wurde, musste Preußen im Frieden zu Tilsit das Gros der Gebiete an das neugegründete Herzogtum Warschau abtreten, mit Ausnahme einer schmalen Verbindung zwischen Pommern und Ostpreußen.³⁴ Bereits acht Jahre später wurde ein Teil dieser Gebietsabtretungen mit der Wiener Schlussakte wieder rückgängig gemacht. Die Wiederherstellung eines polnischen Staats in den Grenzen von 1772 stand auf dem Wiener Kongress jedoch nie zur Debatte, widersprach diese doch den Interessen der Teilungsmächte, die alle drei zu den Siegern im Krieg gegen Napoleon zählten. Abermals wurde das Schicksal Polens in Abwesenheit polnischer Vertreter am europäischen Verhandlungstisch entschieden. Alexander I., dessen Truppen das Herzogtum 1813 eingenommen hatten, schlug vor, dieses in seinen bisherigen Grenzen zu erhalten und unter russisches Protektorat zu stellen. Im Namen des europäischen Gleichgewichts befürworteten die Außenminister Klemens von Metternich und Robert Castlereagh jedoch die Ansprüche Preußens auf einen Teil des Gebiets inklusive der Weichselmündung sowie der Festungsstädte Thorn und Posen.³⁵ Jane Burbank und Frederick

30 Vgl. Streiter, *Die nationalen Beziehungen*, S. 8.

31 Vgl. Hagen, *Germans, Poles, and Jews*, S. 40–44. Zur Verbreitung dieser Stereotype durch Reiseschriftsteller des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts vgl. Struck, *Nicht West – nicht Ost*, S. 389–403.

32 Vgl. Streiter, *Die nationalen Beziehungen*, S. 7–8.

33 Vgl. Bömelburg, *Friedrich II.*, S. 89–107.

34 Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 78; Heyde, *Geschichte Polens*, S. 55–56. Danzig gehörte nicht zu diesem Gebiet; es wurde zur eigenständigen Republik erklärt.

35 Vgl. Vick, *The Congress of Vienna*, S. 278–320.

Cooper zufolge handelte es sich bei der Aufteilung Europas durch die Vertragsparteien der Wiener Schlussakte demnach auch nicht um eine Restauration, sondern um eine typisch imperiale Neuordnung des Kontinents.³⁶

In den Jahrzehnten bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes war die preußische Politik gegenüber den ehemals polnischen Gebieten von einer auch für andere Empires typischen Wechselhaftigkeit geprägt.³⁷ Phasen größerer Flexibilität im Umgang mit der heterogenen Bevölkerung wechselten mit Phasen erhöhten Integrationsdrucks. Dabei stellten der Novemberaufstand 1830 und die 1848er Revolution, die Regierungsantritte Friedrich Wilhelms IV. und Prinzregent Wilhelms sowie Otto von Bismarcks Ernennung zum Preußischen Ministerpräsidenten entscheidende Wendepunkte dar. Zudem wurde die »preußische Polenpolitik« maßgeblich durch das Verhältnis Preußens zu Russland bestimmt. Von Anfang an orientierte sich Friedrich Wilhelm III. bei seinem Umgang mit den ehemals polnischen Gebieten an der imperialen Politik des Nachbarreiches. Allerdings gewährte die preußische Regierung der polnischen Bevölkerung in Posen bei weitem nicht das Ausmaß an Selbstverwaltung wie es Alexander I. im russischen Teil des Herzogtums Warschau, dem sogenannten Kongresspolen, gewährte. Als »Großherzogtum Posen« erhielt der Westteil immerhin einen nominellen Sonderstatus innerhalb Preußens und der König sicherte seinen polnischen Untertaninnen und Untertanen den Schutz ihrer Nationalität sowie Religions- und Sprachfreiheit zu, ein Versprechen, auf das sich Polinnen und Polen bis in das 20. Jahrhunderts hinein zumeist vergeblich berufen sollten.³⁸

Mit dem Thronwechsel in Russland 1825 veränderte sich der Kurs der russischen und damit auch der preußischen Regierung. Nikolaus I. leitete eine neue absolutistische Phase der Innenpolitik ein und beschränkte die konstitutionellen Rechte in Kongresspolen drastisch. Die so provozierte antirussische Stimmung in Warschau sowie die Auswirkungen der französischen Juli-Revolution innerhalb Europas beflügelten die nationalistischen Kräfte in Russisch-Polen und mündeten im sogenannten »Novemberauf-

36 Vgl. Burbank/Cooper, *Empires*, S. 333.

37 Zum Spannungsverhältnis zwischen Integration und Verwaltung von Differenz im britischen, habsburgischen, osmanischen und russischen Empire vgl. Leonhard/Hirschhausen, *Empires und Nationalstaaten*.

38 Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 85–86; Streiter, *Die nationalen Beziehungen*, S. 12–16; Hackmann/Kopij-Weiß, *Nationen in Kontakt*, S. 26–36; Neubach, *Großherzogtum*, S. 194–196.

stand.«³⁹ Dieser wirkte sich auch innerhalb Preußens entscheidend auf das Verhältnis zwischen Regierung und polnischer Bevölkerung aus. Nicht nur unterstützte Friedrich Wilhelm III. die russische Gegenoffensive,⁴⁰ er ließ auch über tausend preußisch-polnische Adelige als Hochverräter festnehmen. Ihr vermeintlicher Verrat am preußischen Staat verhalf jenen Stimmen innerhalb der Ministerien zum Durchbruch, die von Anfang an auf eine stärkere Integrationspolitik gedrängt hatten. Sie erklärten das bisherige Vorgehen gegenüber der polnischen Bevölkerung für verfehlt.⁴¹ Tatsächlich hatten sich die Zugeständnisse Friedrich Wilhelms III. vor 1830 ohnehin primär auf Posen beschränkt, während Oberpräsident Theodor von Schön in Westpreußen einen wesentlich strikteren Integrationskurs verfolgte und die Privilegien des polnischen Adels und den Gebrauch der polnischen Sprache stark einschränkte.⁴² Eduard Flottwell, der nach dem Novemberaufstand zum Oberpräsidenten ernannt wurde, übertrug diese Verwaltungsprinzipien nun auch auf das Großherzogtum. Er erließ Verfügungen zur Durchsetzung des Deutschen als Amtssprache und ersetzte die personell stark polnisch geprägte Lokalverwaltung durch einen preußischen Beamtenapparat.⁴³ Dies führte dazu, dass die preußische Präsenz in Posen von immer größeren Teilen der polnischen Bevölkerung als Fremdherrschaft wahrgenommen wurde.

Von nun an sollte sich das Wechselspiel zwischen Flexibilität und forcierter Integration noch mehrfach wiederholen, wobei »[d]ie der polnischen Bevölkerung geleisteten Zugeständnisse« zunehmend »von taktischen Gründen« bestimmt waren.⁴⁴ Sowohl nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. 1840 als auch nach dem seines Bruders 1858 dominierte eine konservative Grundhaltung, die auf einen Ausgleich mit der polnischen Bevölkerung abzielte, solange diese sich dem Staat gegenüber als absolut loyal erwies. Friedrich Wilhelm IV. ließ Flottwell absetzen und stellte die Bemühungen zur Durchsetzung des Deutschen als Schul- und

39 Vgl. Burbank/Cooper, *Empires*, S. 337–338.

40 Der König ließ unter anderem die Grenze zum Großherzogtum Posen sperren und gewährte den russischen Truppen logistische Unterstützung. Nachdem diese im September 1831 Warschau eingenommen hatten, wurden die von Alexander I. erteilten Rechte annulliert und Kongresspolen zur russischen Provinz erklärt. Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 95.

41 Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 99–100; Neubach, *Großherzogtum*, S. 201–202.

42 Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 91.

43 Vgl. Streiter, *Die nationalen Beziehungen*, S. 59–69; Neubach, *Großherzogtum*, S. 202–208.

44 Trzeciakowski, *Die polnisch-deutschen Beziehungen*, S. 52.

Amtssprache ein, zudem wurde eine katholische Abteilung im preußischen Kultusministerium eingerichtet. Auch von den zaghaften Liberalisierungstendenzen unter Prinzregent Wilhelm, darunter die Lockerung der Pressezensur, profitierte die polnische Bevölkerung.⁴⁵ Im Vertrauen auf die Integrationskraft der preußischen Monarchie verkannten die Hohenzollern jedoch, dass diese Form der dynastischen imperialen Herrschaft inzwischen in einem nicht mehr zu überbrückenden Gegensatz zur polnischen Nationalbewegung stand.

Beide Phasen des Ausgleichs endeten daher bereits nach wenigen Jahren. In den 1840er Jahren waren es die gescheiterte gesamtpolnische Erhebung von 1846 und vor allem der Großpolnische Aufstand 1848, die zu einer abermaligen Verhärtung der Politiken führten. Die formelle Sonderstellung des Großherzogtums Posen wurde aufgehoben und der »bisher noch offene Weg zu föderativer, autonomer Staatsgestaltung«⁴⁶ versperrt. Anfang der 1860er Jahre leiteten Bismarcks Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten und der Januaraufstand in Russisch-Polen den Kurswechsel ein. In der »Alvenslebenschen Konvention«, die auf Initiative Bismarcks abgeschlossen wurde, verpflichteten sich Russland und Preußen von nun an zur gegenseitigen Unterstützung bei der Unterdrückung der polnischen Nationalbewegung.⁴⁷ Damit waren die letzten Chancen für eine flexiblere Gestaltung der Nationalitätenfrage innerhalb des preußischen Empires endgültig vertan und das Prinzip der Zwangsintegration zur »Staatsräson« erhoben worden.

Trotz der zunehmend anti-polnischen Ausrichtung der preußischen Politik vor der Reichsgründung, bleibt festzuhalten, dass es sich dabei nicht um eine »Germanisierungspolitik« im eigentlichen Sinne handelte. Selbst bei ihren Bemühungen zur Durchsetzung der deutschen Sprache ging es der Regierung nicht in darum, Polinnen und Polen in Deutsche zu verwandeln. Im Gegenteil, sie sollten sich nicht als Angehörige einer Nation, sondern in erster Linie als loyale preußische Subjekte definieren. Auch zielten die Politiken nicht darauf ab, alle polnischen Staatsbürgerinnen und -bürger zu integrieren. Sie richteten sich primär an beziehungsweise auf den polnischen Adel, der neben dem katholischen Klerus als Träger der

45 Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 105–107, 120–121; Streiter, *Die nationalen Beziehungen*, S. 82–99; Hackmann/Kopij-Weiß, *Nationen in Kontakt*, S. 59–69; Neubach, *Großherzogtum*, S. 208–211, 215–217.

46 Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 115.

47 Vgl. Jeismann/Trzeciakowski, *Polen im europäischen Mächtesystem*.

polnischen Nation galt. Bis 1830 profitierte dieser daher durchaus vom konzilianteren Kurs der preußischen Regierung. Die wirtschaftliche Unterstützung des Großgrundbesitzes durch Oberpräsident Joseph von Zerberon di Sposetti und die Reform der Selbstverwaltung auf lokaler, Kreis- und Provinzialebene stärkten die polnische Oberschicht im Großherzogtum Posen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht und trotz des Zuzugs von deutschen Großgrundbesitzerinnen und -besitzern behielt sie ihre dominierende Stellung inne.⁴⁸

Auch nach dem Novemberaufstand und der Anklage gegen zahlreiche Unterstützer aus Posen, versuchte die preußische Regierung weiterhin, sich der Loyalität des polnischen Adels zu versichern. Sie baute dabei auf die Unterstützung moderater Kreise und fand bei einigen konservativen Vertretern des Hochadels, wie den Radziwills und den Raczyńskis, durchaus Fürsprecher eines Systems begrenzter polnischer Selbstverwaltung innerhalb des preußischen Staatswesens. Die Mehrheit des nach 1831 politisch entmündigten und wirtschaftlich benachteiligten Adels ließ sich von solchen Versprechungen partieller Teilhabe jedoch nicht überzeugen.⁴⁹ Zudem verkannte die preußische Regierung die politische und wirtschaftliche Bedeutung des polnischen Bürgertums, das im Zuge der nationalen Strategie der »organischen Arbeit« zunehmend wuchs und an Einfluss gewann.⁵⁰ Die Strategie, den polnischen Adel für die preußische Krone zu gewinnen und so das »Nationalitätenproblem« zu lösen, konnte bereits Mitte des 19. Jahrhunderts nicht mehr aufgehen.

Mehrfache Strategiewechsel kennzeichneten demnach die preußische Verwaltungspraxis in Posen. Phasen, in denen die Behörden eine eher imperiale Haltung gegenüber ihren polnischsprachigen Subjekten einnahmen, wechselten mit solchen, in denen sie diese zu loyalen preußischen Staatsbürgerinnen und -bürgern erziehen wollten. Doch es sind auch langfristige Trends erkennbar. So baute die preußische Regierung bis in die 1860er Jahre hinein darauf, die polnischen Eliten, insbesondere den Adel, für sich gewinnen zu können. In dieser Hinsicht glich die preußische Politik der der Nachbarreiche. Erst mit dem Regierungsantritt Bismarcks voll-

48 Vgl. Neubach, Großherzogtum, S. 196–201.

49 Anstelle von militärischen Aufständen zur Durchsetzung nationaler Einheit setzten die Vertreter der »organischen Arbeit« auf die wirtschaftliche Unterstützung der polnischen Bevölkerung und Bildungsmaßnahmen zur Stärkung des Nationalbewusstseins in den Teilungsgebieten. Vgl. Gerlich, *Organische Arbeit*.

50 Vgl. Baske, Die deutsch-polnischen Beziehungen, S. 49.

zog sich die Wende hin zu einer Politik, die zunächst auf die »Unterdrückung und Assimilation« und schließlich auf eine »ethnisch motivierte Bevölkerungspolitik« setzte.⁵¹

2.2 Zwischen Nation und Empire

1848 – Die »Geburtsstunde des deutschen Imperialismus«

Markierten die Teilungen Polens den Beginn der preußisch-deutschen kontinentalen Expansion, so stellt das Jahr 1848 jenen historischen Brennpunkt dar, an dem diese eine dezidiert nationale Ausrichtung annahm. Die Mitte des 19. Jahrhunderts gilt allgemein als »wichtige[...] Etappe in der Entwicklung der nationalen Bewegungen und der Herausbildung eines modernen Nationalismus«⁵² innerhalb Europas. Doch für die deutsche Nationalbewegung offenbarte sich zugleich der Gegensatz zwischen dem Ideal des Nationalstaats und den komplexen Raumordnungen, die das preußische (und auch das österreich-ungarische) Empire hervorgebracht hatten. Während des »Völkerfrühlings«, als die Entstehung eines deutschen und eines polnischen Nationalstaats kurzfristig in greifbare Nähe rückte, sahen sich deutsche Liberale erstmals gezwungen, sich in aller Deutlichkeit zum Verhältnis von Nation und Empire zu äußern. Wie in anderen Empires führte das Aufeinandertreffen von imperialen und nationalen Ordnungsvorstellungen dabei nicht zur Überlagerung ersterer durch letztere,⁵³ vielmehr steht das Jahr 1848 für die Verknüpfung älterer imperialer Formationen mit neuen Abgrenzungs- und Expansionspraxen.

Peter Haslinger plädiert dafür, im Rahmen der Nationalismusforschung, analog zu Benedict Andersons »imagined community«⁵⁴ von einem »imagined territory« zu sprechen. Letzteres fungiere auf einer ähnlichen »semantischen Ebene« wie erstere, erfülle jedoch eine andere Funktion: »Da eine nach bestimmten Gesichtspunkten definierte Bevölkerung auch ortsunabhängig gedacht werden oder einem demographischen Erosionsprozess unterliegen kann, symbolisiert das imagined territory den material-

51 Vgl. Ther, *Deutsche Geschichte*, S. 137.

52 Trzeciakowski, *Die polnisch-deutschen Beziehungen*, S. 51.

53 Vgl. Leonhard/Hirschhausen, *Empires und Nationalstaaten*, S. 9–12; Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, S. 603–607.

54 Vgl. Anderson, *Imagined communities*.

sierten Anspruch auf Authentizität und dauerhafte Existenz als Gruppe in Raum und Zeit.⁵⁵ Für die Analyse des Verhältnisses von deutscher Nationalbewegung zu den östlichen Provinzen Preußens ist die Idee äußerst aufschlussreich. Solange das »imagined territory« der deutschen beziehungsweise der polnischen Nation zwar nicht undefiniert, aber in seinen genauen Grenzen letztlich vage blieb, gab es kaum Anlass zu Konflikten zwischen den beiden Nationalbewegungen. Im Gegenteil, sie fanden in den autokratischen Regimes Preußens, Österreichs und Russlands einen gemeinsamen Gegner.⁵⁶ Während des Vormärz wurde die polnische Nationalbewegung für Liberale in ganz Europa zum Symbol, doch kaum irgendwo ging die sogenannte »Polenbegeisterung« so weit wie in den deutschen Ländern.

Besonders deutlich zeigte sich die Solidarität nach der Niederschlagung des Novemberaufstands. Die Beteiligung der preußischen Regierung an der russischen Militärintervention sowie die Prozesse gegen polnische Adelige aus Posen wurden von Seiten der deutschen Liberalen heftig kritisiert. Sie unterstützen die Angeklagten mit öffentlichen Sympathiebekundungen in mehreren Städten und gründeten sogenannte »Polenvereine« um Emigrantinnen und Emigranten zu helfen.⁵⁷ Auch der Prozess gegen die Beteiligten des gescheiterten gesamtpolnischen Aufstands, der im August 1847 in Berlin begann, löste Proteste aus, die im März 1848 schließlich zur Amnestie der Verurteilten führten. All dies geschah in dem Bewusstsein, dass letztlich ein direkter Zusammenhang zwischen den imperialen Politiken Preußens im Osten des Landes, der Kooperation mit dem zaristischen Russland und der Unterdrückung liberaler und nationaler Bestrebungen innerhalb Deutschlands bestand.⁵⁸ »Wir deutschen Demokraten haben ein besonderes Interesse an der Befreiung Polens«, erklärte Friedrich Engels am 29. November 1847.

»Es sind deutsche Fürsten gewesen, die aus der Teilung Polens Vorteil gezogen haben, es sind deutsche Soldaten, die noch jetzt Galizien und Posen unterdrücken. Uns Deutschen, uns deutschen Demokraten, vor allem muß daran liegen, diesen Flecken von unserer Nation abzuwaschen. Eine Nation kann nicht frei werden und

55 Haslinger, *Die »Arbeit am nationalen Raum«*, S. 11.

56 Vgl. Wollstein, *Das »Großdeutschland«*, S. 99–100.

57 Vgl. Jaroszewski, *Der polnische Novemberaufstand*, S. 90–119; Kosim, *Der polnische Aufstand*.

58 Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 99; Hackmann/Kopij-Weiß, *Nationen in Kontakt*, S. 45–48.

zugleich fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken. Die Befreiung Deutschlands kann also nicht zustande kommen, ohne daß die Befreiung Polens von der Unterdrückung durch Deutsche zustande kommt.«⁵⁹

Solange die bürgerliche Bewegung innerhalb Preußens eine primär demokratische und keine territoriale Stoßrichtung verfolgte standen polnische und deutsche Liberale ideologisch durchaus auf derselben Seite.⁶⁰ Bereits in den 1840er Jahren kam es jedoch zu einer Entfremdung zwischen deutschen Liberalen und polnischem Freiheitsstreben und es wurde immer offensichtlicher, dass sich die Nationalbewegungen beider Länder nur scheinbar in derselben Lage befanden.⁶¹ Dies schlug sich auch in den deutschen Reiseberichten über Polen nieder, wie Bernhard Struck aufzeigt.⁶²

»Nach einer kurzen Phase der Sympathie für die Nachbarn, die sich in den heroischen Darstellungen der Polen in den Berichten spiegelte, wurden die Polen, die mit ihrem Kampf um nationale Unabhängigkeit zugleich die Frage nach den Grenzen der deutschen Nation stellten, rasch vom Vorkämpfer der nationalen Idee, als die sie auf dem Hambacher Fest noch gefeiert wurden, zur nationalen Minderheit in einer deutschen Kolonie auf polnischem Boden.«⁶³

Die Solidarität der deutschen Liberalen mit der »polnischen Nation« reichte nur bis zu dem Punkt, an dem die polnische Nationalbewegung im Zuge der 1848-Revolution begann die nationale Unabhängigkeit aktiv zu verfolgen. Sobald es in den politischen Auseinandersetzungen nicht mehr primär um die »imagined communities« der polnischen und deutschen Nation, sondern auch um die jeweiligen »imagined territories« ging, kam es zum Bruch zwischen deutschen und polnischen Liberalen und zwar genau an dem Ort, an dem sich nationale Raumbegriffe und Raumbilder nicht so ohne weiteres durchsetzen ließen – im Großherzogtum Posen.

Bis in die Mitte der 1840er Jahre war es auch in Posen kaum zu Spannungen zwischen deutscher und polnischer Nationalbewegung gekommen. Zwar belastete der Antagonismus zwischen preußischem Staat und polnischer Bevölkerung das deutsch-polnische Verhältnis. Doch der Staat ließ sich, wie für imperiale Verhältnisse üblich, primär durch deutsche Militärs und Beamte vertreten, die nicht aus der Provinz stammten und selten längere Zeit vor Ort blieben. Zwischen ortsansässigen Posenerinnen und

59 Engels/Marx, Reden über Polen, S. 417.

60 Vgl. Grabski, Zwischen Liberalismus und Revolutionismus.

61 Vgl. Müller, Polen-Mythos; Serrier, *Eine Grenzregion*, S. 30–32.

62 Vgl. Struck, *Nicht Ost – Nicht West*, S. 418–427.

63 Ebd., S. 425.

Posenern beider Nationalitäten, bildete sich »im Windschatten«⁶⁴ dieser Konflikte ein durchaus entspanntes Verhältnis heraus. Mehr noch spielten nationale Zugehörigkeiten für die Mehrheit der Bevölkerung eine untergeordnete Rolle. Im Alltag traten sie neben religiösen, konfessionellen oder sozialen Differenzierungen in den Hintergrund.⁶⁵ Während des Novemberaufstands verhielt sich die deutsche Bevölkerung im Gegensatz zur »Polenbegeisterung« in anderen Gegenden zurückhaltend, doch das Verhältnis zwischen den Nationalitäten verschlechterte sich nicht. Im Gegenteil, das gesellschaftliche Leben in der Provinz wurde in den folgenden Jahren eher transnationaler. Demokratische Ideen fanden ihre Verbreitung sowohl in polnisch- als auch in deutschsprachigen Kreisen, allerdings waren die liberalen Tendenzen bei den Deutschen in Posen wesentlich schwächer ausgeprägt. Nichtsdestotrotz unterstützten sich polnische und deutsche Liberale in den Provinziallandtagen bei ihren Forderungen gegenüber der preußischen Regierung.⁶⁶ Ihren Höhepunkt erreichte die Solidarität 1847 als der Preußische Vereinigte Landtag Friedrich Wilhelm IV. einstimmig um Gnade für die in Berlin angeklagten Aufständischen bat und der Vorsitzende der Liberalen, Georg von Vincke, das Großherzogtum Posen und weitere Teile preußischer Provinzen, darunter Oberschlesien, als zu polnischem Gebiet erklärte.⁶⁷ Damit lenkte er allerdings die Aufmerksamkeit auf jene territoriale Frage, die im darauffolgenden Jahr zum Konflikt zwischen den Nationalbewegungen im Großherzogtum Posen führen sollte.

Als am 20. März 1848 erste Berichte von der Befreiung der Aufständischen und ihrem Triumphzug durch Berlin in Posen eintrafen, schlossen sich Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Nationalität der Revolution an.⁶⁸ Noch am selben Tag bildete sich ein *Polnisches Nationalkomitee*, das sich die Befreiung Posens von der preußischen Herrschaft zum Ziel setzte. Es baute auf die Unterstützung der neu gebildeten März-Regierung in Berlin, insbesondere auf die des Außenministers Heinrich Arnim-Suckow. Dieser trat für eine Zwei-Staaten-Lösung ein, die durch einen gemeinsamen deutsch-polnischen Krieg gegen Russland realisiert werden

64 Baske, Die deutsch-polnischen Beziehungen, S. 49.

65 Vgl. Hagen, *Germans, Poles, and Jews*, S. 95–104; Kemlein, *Die Posener Juden*, S. 259–321, Scholz, *Der deutsche Katholizismus*.

66 Vgl. Baske, Die deutsch-polnischen Beziehungen, S. 46–47.

67 Vgl. Broszat, *Zweihundert Jahre*, S. 108; Wollstein, *Das »Großdeutschland«*, S. 100.

68 Vgl. Baske, Die deutsch-polnischen Beziehungen, S. 47.

sollte. In Erwartung dieses bevorstehenden Krieges begann das *Nationalkomitee* mit der Aufstellung von polnischen Freicorps. Innerhalb des Kabinetts setzten sich jedoch jene Stimmen durch, die Posen in einen deutschen und einen polnischen Bezirk teilen wollten. Ersterer sollte Teil des Deutschen Bundes werden, letzterer dagegen eine eigene konstitutionelle Verfassung, Gerichtsbarkeit und Verwaltung erhalten.⁶⁹ Die neue Regierung in Berlin zog also zumindest die Entstehung eines, wenn auch in seiner Souveränität nach Außen eingeschränkten, polnischen Staats in Erwägung. Allerdings tat sie wenig bis gar nichts, um diesen Prozess zu unterstützen.

Der preußische König wiederum lehnte einen unabhängigen polnischen Staat grundsätzlich ab. Stattdessen ordnete er am 24. März die Reorganisation des Großherzogtums unter Leitung einer deutsch-polnischen Kommission an. Anfang April ernannte das neue Kabinett in Berlin Wilhelm Willisen zum verantwortlichen Kommissar für die diese Aufgabe. Willisen sollte einen polnischen Oberpräsidenten einsetzen, die Neuwahl von Landräten und Bürgermeistern einleiten und das Polizei- und Militärwesen reorganisieren. Angesicht der Forderungen des Nationalkomitees nach nationaler Unabhängigkeit war dies ein lächerliches Angebot, trotzdem wurde Willisens Ernennung auf polnischer Seite durchaus begrüßt. Als dieser am 5. April in Posen eintraf, hatte sich das dortige Verhältnis zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung jedoch bereits merklich verschlechtert. Viele Deutsche befürchteten angesichts der Reorganisationspläne, die Berliner Regierung könne sich dazu entschließen auf die Provinz gänzlich zu verzichten und organisierten sich nun ihrerseits im *Deutschen Nationalkomitee*. Mit Unterstützung der preußischen Beamtenschaft und des Militärs unter General Peter von Colomb torpedierten sie die Reorganisationspläne. Insbesondere Colomb forcierte durch Übergriffe auf die polnischen Freicorps eine militärische Eskalation. Seine Taktik erwies sich erfolgreich; am 20. April musste Willisen unverrichteter Dinge nach Berlin abreisen. Die daraufhin ausbrechenden militärischen Auseinandersetzungen, der Großpolnische Aufstand, endeten am 10. Mai mit der vollständigen Niederlage der polnischen Truppen.⁷⁰ Die Ereignisse des Jahres 1848 hinter-

69 Vgl. Trzeciakowski, Die polnisch-deutschen Beziehungen, S. 55; Makowski, Das Großherzogtum Posen, S. 156; Wollstein, *Das »Großdeutschland«*, S. 101–104.

70 Vgl. Makowski, Das Großherzogtum Posen; Trzeciakowski, Die polnisch-deutschen Beziehungen, S. 59–63; Wollstein, *Das »Großdeutschland«*, S. 104–120.